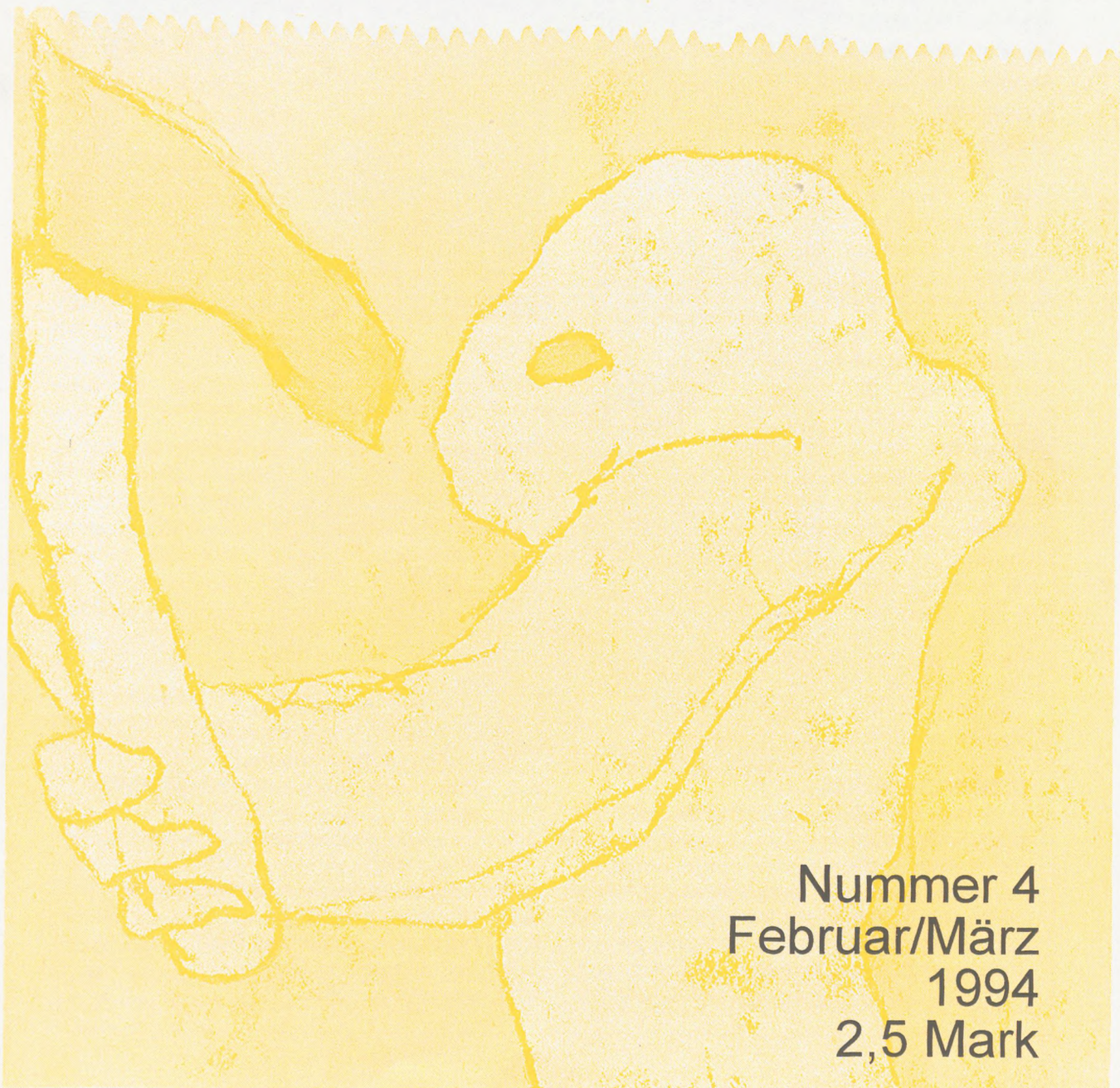
tanz

antifaschistische zeitung tübingen/reutlingen

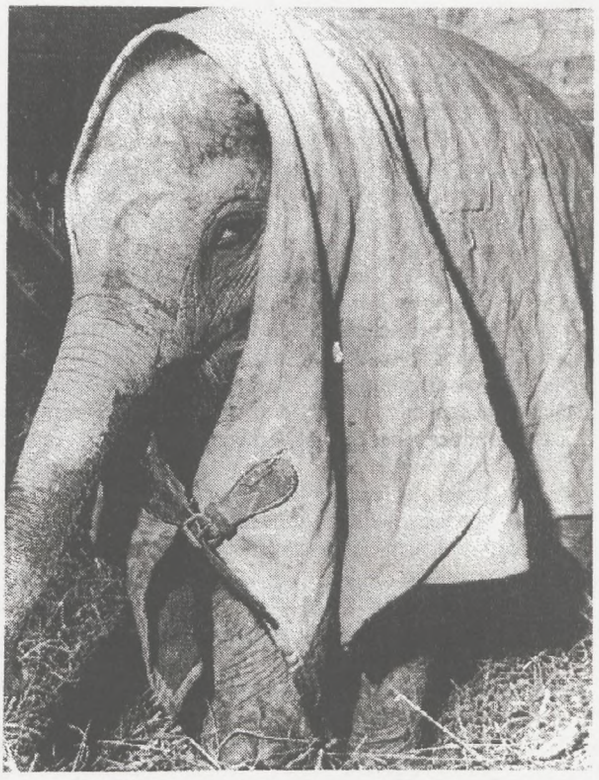


Nummer 4
Februar/März
1994
2,5 Mark

Hallo,

Die TANZ durchbricht ihre Tübinger Isolation: Die aktive Mitarbeit von ReutlingerInnen und der Verkauf in der gesamten Gegend macht die Tübinger TANZ zu einer regionalen Angelegenheit. Deshalb sind wir jetzt eine Tübinger/Reutlinger Antifa-Zeitung (wir heißen aber weiterhin TANZ und nicht TRANZ oder so).

Mit der neuen Layout-Gestaltung und der kleineren Schrift soll die Zeitung übersichtlicher werden, und wir begegnen dem Vorwurf, hinsichtlich des Schriftbildes wie eine Kinder-Zeitung auszusehen. Ein weiter Hinweis in eigener Sache: Am 17.2. findet in der Reutlinger Zelle *die* Raggamuffin-Hiphop-Soli- tanz -Disco zur weiteren Finanzierung unserer Zeitung statt. Kommt!



Zeitungskollektiv der Tanz

TANZ
tübinger antifaschistische zeitung

Nummer 4, Februar 1994

V.i.S.d.P.: E. Greiner, Fichtenweg 8,
72076 Tübingen

Kontakt und Post über: Haus- und Infocafé, Schellingstr. 6, 72072 Tübingen.
Das Info-Café hat nichts mit Herstellung und Vertrieb der Zeitung zu tun.

EIGENTUMSVORBEHALT
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht aus-gehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Titelbild: Max Neumann

INHALT

S.2 Hallo
S.3 Schaal & Co verbieten?
S.5 Nazi-Besuch in der Zelle
S.5 Angst vor den Chaoten
S.6 Rassismus durch Heirat ausgeschlossen?!
S.9 Zu antifaschistischen Organisationen in der BRD
S.11 Antifaschistisches Osterseminar
S.12 Unser rechter Alltag
S.17 Flüchtlinge brauchen Geld
S.18 Pressearchiv in Berlin
S.19 Ankündigungen

Schaal & Co verbieten?

Die Linke ist ziemlich gespalten, geht es um Sinn und Zweck von Verboten neonazistischer Organisationen und Parteien. Die einen sagen: Verbote sind ein geeignetes Mittel im Kampf gegen Rechtsextremismus und dienen der Zerschlagung faschistischer Strukturen. Die anderen halten gerade dieses Argument für nichtig, da sich die rechten Organisationen innerhalb ihres braunen Netzwerkes verschiedener Tarnnamen bedienen könnten. Verbote seien lediglich symbolischer Natur, hätten aber zur Folge, daß sich die vom Verbot Betroffenen weiter radikalisierten.

Antifa-Demo in Mölln

An beiden Argumentationssträngen ist sicher einiges richtig. Generell falsch aber ist die Unterordnung verschiedenartig organisierter und gesellschaftlich akzeptierter Gruppierungen unter eines der beiden Muster. Es gilt zu unterscheiden: Trifft ein staatlich verordnetes Verbot eine neonazistische Gruppierung wie die Deutsche Alternative (DA), die Nationalistische Front (NF) oder die Nationale Offensive (NO, übrigens war auch Axel Heinzmann Mitglied der NO), so kann man zurecht annehmen, daß die Wirkung eines solchen Vorgehens recht gering bleibt. Die genannten Neonazi-Organisationen waren in der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF) verbunden und zum Teil organisatorisch miteinander verwachsen. Doppelmitgliedschaften waren keine Ausnahme. Die Führer dieser Gruppierungen waren darüberhinaus mit ziemlicher Sicherheit Mitglieder der NSDAP/AO (NSDAP-Aufbau- und Auslandsorganisation). Aufgrund der personellen Verflechtung war es den vom Verbot bedrohten Organisation ein leichtes (nicht zuletzt auch wegen der den Verboten vorangegangenen Öffentlichen Diskussionen), die Bankkonten zu räumen, die Wohnungen zu säubern und die Weichen für einen neuen organisatorischen Rahmen zu stellen. Das alles war auch den Verfassungs- und Staatsschützern sowie ihren Dienstherren, den Innenministern, klar. Ihre Intention war jedoch eine andere: Der liberalen Öffentlichkeit im Land sollte nach den Monaten der Kritik an der Polizei gezeigt werden, daß die politische Führung nun endlich bereit ist, gegen Neonazis hart vorzugehen. Auf der anderen Seite konnten sich die Verantwortlichen dieser Aktionen des positiven Echos im Ausland sicher sein - denn darum ging es doch: um das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland.

Mittlerweile ist allen klar, daß die Verbote keine geeigneten Mittel zur Zerschlagung faschistischer Organisationen waren: Sowohl

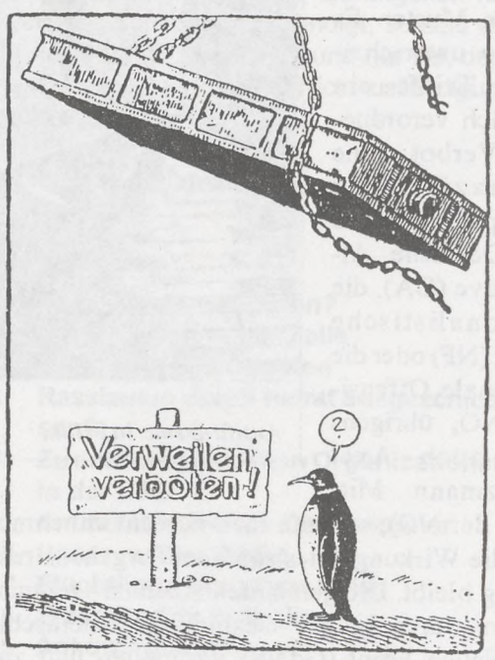
Antifas als auch Staatsschützer haben keine Probleme, jeder der aufgelösten Gruppierungen ihre Nachfolgeorganisation zuzuweisen.

Anders sieht es bei den etablierten und um gesellschaftliche Anerkennung bemühten rechtsextremistischen Parteien aus. Am Beispiel der Republikaner soll verdeutlicht werden, daß unter bestimmten Umständen ein Verbot durchaus sinnvoll sein könnte, daß aber gerade ein solches Verbot nicht im Interesse der herrschenden Parteien sein kann.

Wer kennt ihn nicht, den Tübinger Landtagsabgeordneten der Reps: Karl-August Schaal? Er ist wie kein anderer bemüht, sich auf der politischen Landkarte Baden-Württembergs zu etablieren. Und das scheint ihm auch zu gelingen: Als am 15. Januar der Tübinger OB Schmid zum traditionellen Neujahrsempfang lud, war es selbstverständlich, daß Schaal mit von der Partie war. Kaum jemand nahm noch Notiz von ihm. Das war vor einem Jahr noch anders. Unbekannte hatten auf die Fassade des Rathauses Parolen gegen die Einladung Schaals gesprüht: "OB Schmid lädt freundlich ein: Karl-August Schaal, das Nazi-Schwein." und: "OB Schmid macht Rep-Nazi zum Ehrenbürger der Stadt." Die AL hatte Protest gegen die Einladung angekündigt, und ungefähr 50 DemonstrantInnen fanden sich auf dem Marktplatz ein. Diese Jahr störte sich wohl niemand mehr an dem offensichtlichen Skandal; die einzigen, die an diesem Freitag Präsenz zeigten, waren Bullen und Rotes Kreuz. Schon am Tag zuvor wimmelte der Marktplatz von Zivilbeamten.

Würden die Republikaner mit einer Verbotsandrohung konfrontiert werden, so könnte ihnen mit einem Schlag der von ihnen eroberte gesellschaftliche Boden genommen werden. Ein renommierter Vertreter einer Partei, die sich am Rande der Illegalität bewegt, wäre schwerlich vom Tübinger OB eingeladen worden (jedenfalls nicht öffentlich). Das enthebt Eugen Schmid zwar nicht seiner Verantwortung für diesen politischen Skandal, würde aber die Republikaner in eine Ecke drängen, wo sie hingehören: zu den faschistischen Organisationen wie DA, NF und NO. Ein Schritt in diese Richtung könnte Signalwirkung haben. Gerade die Reps, die ständig darum bemüht sind, sich das vielzitierte demokratische Deckmäntelchen überzustreifen, würden ganz schön nackt dastehen. Sie würden mit der Konfrontation eines Verbotes auch des leidigen Arguments beraubt werden, daß eine Partei, die auf dem Boden des Grundgesetzes stehe, gleich behandelt werden müsse wie die anderen Parteien (zumal die Gleichbehandlung auch Wahlkostenrückerstattung beinhaltet). Ihr Argument: Wären die Reps faschistisch, so wären sie doch wohl verboten.

Wenn es also keinen anderen Weg gibt, irgendwelchen unverbesserlichen "Demokraten" klarzumachen, daß die Republikaner eine faschistische Partei sind, so bliebe immer noch das Verbot. Dieses Verbot hätte eine ungleich entlarvendere Funktion als ein Verbot von solch offenkundig faschistischen Organisationen wie z.B. der HVD (Heimattreue Vereinigung Deutschlands). Ein solches Verbot wird es aller Wahrscheinlickeit nach aber nicht geben - ginge es doch über eine symbolische Handlung weit hinaus und würde in einen sehr sensiblen Bereich eingreifen: in die Braunzone von Rechtsextremismus und Rechtskonservatismus. Da würden wohl einige Herren der etablierten Parteien feuchte Hände kriegen. Und schließlich kommt ein Verbot auch aus Gründen der inneren Sicherheit nicht in Frage: Wie sollte denn der reduzierte Personalbestand der bundesrepublikanischen Polizei jemals wieder aufgefüllt werden?



Nazi-Besuch in der Zelle

Daß die HVD (Heimattreue Vereinigung Deutschlands) von Innenminister Birzele verboten wurde, hindert sie wohl nicht an ihren Aktivitäten. Neben ihren Anstrengungen, das Verbot gerichtlich anzufechten, scheinen sie sich auch für antifaschistische Strukturen und Arbeit zu interessieren. Beim letzten Antifa-Café in der Reutlinger Zelle (9.1.1994) tauchten vier Frauen von der HVD auf. Sie kauften Info-Material vom Büchertisch und wollten sich dann in aller Ruhe den Film "Wahrheit macht frei" anschauen. Zum Glück wurden sie - wenn auch erst spät - erkannt und rausgeschmissen. Das gekaufte Info-Material mußten sie abgeben.

So ganz ungeplant war diese Aktion seitens der Faschos nicht: Gegenüber der Zelle stand ein Auto der HVD mit Andreas Rossiar (dem Vorsitzenden) und zwei anderen Faschos, die die ganze Sache aus sicherer Entfernung beobachtet haben. Ob die HVD sich jetzt in die Anti-Antifa eingeklinkt hat, ist nicht klar. Wir sollten jedoch nicht nur Bullenspitzel, sondern auch die Bespitzelung und Ausforschung durch Faschos im Auge behalten.

Angst vor den Chaoten

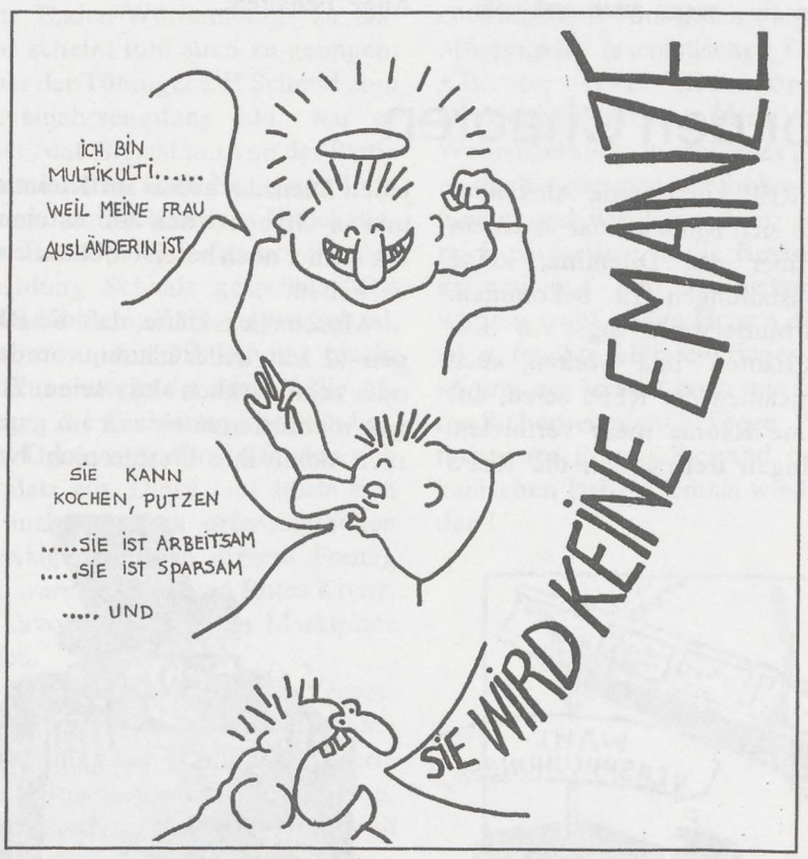
Der Reutlinger REP-Vorsitzende Alexander Muschalik beklagte sich Mitte Januar in einem Telefongespräch über das Dilemma, keine Räume für Veranstaltungen zu bekommen. Viele Wirte hätten mittlerweile Angst vor "Racheaktionen der Chaoten" und wollten, auch wenn sie Sympathisanten der REPs seien, aus diesem Grund keine Räume mehr vermieten. Lediglich in Dettingen treffen sich die REPS jeden Dienstag abend im Kleintierzüchterheim, und in Grabenstetten soll es einen Wirt geben, der immer noch bereit ist, Räume an die REPS zu vergeben.

Muschalik erklärte, daß die REPs in Reutlingen 42 Mitglieder hätten, von denen circa acht oder zehn wirklich aktiv seien. Zu Veranstaltungen mobilisierten sie nur im ganz kleinen Rahmen, damit ihre Treffen nicht bekannt würden.

Rassismus: Durch Heirat ausgeschlossen?!

Er sei schließlich seit zwanzig Jahren mit einer Ausländerin verheiratet, deshalb könne er sich sehr wohl ein kompetentes Urteil in der Frage zutrauen, ob jemand rassistisch diskriminiert werde - mit dieser umwerfenden Analyse rassistischer Strukturen verblüffte Amtsrichter Hirn in Tübingen ein zahlreich erschienenes Prozeßpublikum.

Verhandelt wurde Anfang Dezember ein Verfahren gegen eine schwarze, in Deutschland geborene Frau und ihre weiße Freundin. Beide hätten angeblich zwei Bahnpolizisten mit den Worten "Ihr Arschlöcher" und "Faschistenschweine" beleidigt und sich gegen die spätere Festnahme auch noch mit aller Kraft gewehrt.


ICH BIN MULTIKULTI..... WEIL MEINE FRAU AUSLÄNDERIN IST
SIE KANN KOCHEN, PUTZEN
.....SIE IST ARBEITSAM
.....SIE IST SPARSAM
..... UND
SIE WIRD KEINE EMANZE

Die Erklärung von P., der schwarzen Frau: Sie sei bei der Fahrkartenausgabe in Tübingen von einem Bahnbeamten derart ignorant und diskriminierend behandelt worden, daß sie sich dieses nicht gefallen lassen wollte und von ihm die gleiche Korrektheit forderte, wie er sie weißen deutschen Kunden gegenüber an den Tag legte.

Wie es sich für einen deutschen Beamten gehört, diskutierte dieser nicht lange, sondern rief das Überfallkommando der Bahnpolizei. Als dieses eintraf, soll es zu unschönen Verhaftungsszenen gekommen sein, in deren Verlauf die Polizisten übel beleidigt wurden - aber all das sollte Richter Hirn ja bei der Verhandlung vor Gericht erfahren und klären, ob P. wirklich diskriminiert wurde und somit sie die Beleidigte war und nicht die Beamten.

Und P. hat sich vor Gericht wirklich alle Mühe gegeben, dem Richter verständlich zu machen, warum und weshalb sie sich von dem Bahnbeamten beleidigt gefühlt hatte. Sie gab eine lange Erklärung über die Ereignisse ab, sie beantwortete geduldig Frage auf Frage von Richter Hirn. Auch wenn er zum fünften Mal nachfragte, erklärte sie nochmals den Hergang und wies immer wieder darauf hin, daß sie als schwarze Frau schon oft die schmerzliche Erfahrung machen mußte, daß sie bei Behörden nicht so gleichberechtigt behandelt wird, wie andere, weiße Bürger.

Nein, beleidigt mit Schimpfworten habe der Beamte sie nicht, aber es gebe genügend Möglichkeiten, jemand auch ohne verbale Beschimpfungen zu beleidigen . Als Betroffene kennt die schwarze Frau solches Verhalten schon zur Genüge: Ignoranz bei einer Frage, willkürliches Duzen, Gereiztheit ohne Grund - die Liste subtiler Mißachtung läßt sich beliebig fortsetzen.

Auch zur Festnahme machte P. ganz klare Aussagen: Die Bullen hatten eine Rottweiler - "ein halbes Kalb" - als Diensthund dabei. Das war schon Grund genug dafür, daß sowohl sie selbst als auch ihre Freundin D. sich nicht gegen die äußerst gereizt (!) wirkenden Polizisten gewehrt hätten. Obwohl sie den Polizisten den Sachverhalt mit dem Bahmbeamten nur erklären wollten, seien diese

gegen sie gleich sehr rabiat vorgegangen und hätten sie des Schalterraumes verwiesen. Auf ein paar gemurmelte Schimpfwörter hätten die Polizisten nur gewartet und seien dann inclusive Hund im gestreckten Galopp auf sie losgegangen. Die Festnahme wäre äußerst schmerzhaft, mit Würgegriff am Hals und die Rottweilerschnauze vor dem Gesicht, erfolgt. Kein Gedanke an Gegenwehr.

Es gab wohl niemand von den vielen Prozeßbesucherinnen (ein paar BesucherEr waren auch dabei), die die Schilderung von P. und auch der von ihrer Freundin D. nicht nachvollziehen konnte, zu eindeutig und einleuchtend waren die Erklärungen.

Das änderte sich schlagartig als die Bullen auf dem juristischen Schauplatz erschienen. Sie gaben sich gar keine besondere Mühe, dem Richter irgendwelche Abläufe zu erklären. So wars und basta. Frage der Verteidiger vobn P. und D.: "Warum ist denn das Protokoll (über die Festnahme) von Ihnen beiden fast wörtlich identisch, wenn sie es doch jeder für sich gefertigt haben?" - "Kann ich mir auch nicht erklären." - Und gleich springt Richter Hirn dem etwas unsicher Werdenden zur Hilfe: "Na ja, wörtlich identisch ist es nicht, schauen Sie , da ist ein Wort doch anders, sie müssen schon korrekt fragen."

Es ist offensichtlich: Über allzu kraß wirkende Widersprüche der Bullen deckt Amtsrichter Hirn sein schützende Richterrobe. Da können die Erklärungen noch so unglaubwürdig werden, vom Richtertisch kommt immer noch eine unterstützende Bemerkung.

An einer Frage schließlich mußte sich jedoch der Wahrheitsgehalt aller Aussagen erweisen: Hatten die Bullen bei der Festnahme einen Hund dabei (wie es P. und D. gesagt hatten) und war das Gewaltsame Vorgehen der Beamten daher auch aus Sicherheitsgründen gar nicht notwendig oder hatten sie den Hund im Schalterraum zurückgelassen, wie sie vor Gericht noch einmal beteuerten.

Gerade der Bahnbeamte vom Schalter bestätigte nun die Aussage von P. : Ja, die Polizisten hatten einen Hund dabei und dieser war auch während der Festnahme mit denen auf dem Gang.

Ein Raunen ging durch den Gerichtssaal: Daß Bullen vor Gericht lügen, ist ja nun nichts Besonderes, aber daß sie dabei so eindeutig ertappt werden , war schon einen Raunzer wert.

Aber was vor Gericht Besonders ist oder nicht, das beurteilt immer noch der Richter und der hatte eine neue Idee, wie er seine uniformierten Schützlinge unterstützen konnte: Es spielt jetzt keine Rolle, ob der Hund dort oder da war, der Rest der Bullenaussage sei jedenfalls völlig glaubhaft.

Den Desillusionierten der deutschen Gerichtsbarkeit schwante damit schon längst in welche Richtung das Tribunal lief, aber die angeklagten Frauen hofften immer noch auf die Objektivität des Gerichts. Sie brachten nochmals eine Entlastungszeugin in die Verhandlung. Die ebenfalls schwarze Frau war bei der Festnahme im Bahnhof auch dabei gewesen. "Warum haben Sie sich denn nicht schon früher gemeldet?" , so scheinheilig kann Richter Hirn fragen, obwohl er genau wußte, daß diese Frau genauso wie die beiden Anderen wegen Widerstandes angeklagt worden wäre, wenn sie sich der Polizei früher "als die Dritte Frau " zu erkennen gegeben hätte.

In der Hoffnung auf ein faires Verfahren stellte sie sich nun dem Gericht als Zeugin zur Verfügung. Nochmals machte das Gericht bei ihrer Vernehmung deutlich, daß0 Zeugenvernehmung nicht gleich Zeugenvernehmung ist. Hatte Richter Hirn sich bei den Bullen noch jede Ungereimtheit geduldig angehört und den beiden Beamten sogar mit eigenen Worten aus Widersprüchlichkeiten herausgeholfen, so zeigte er sich bei dieser Vernehmung plötzlich von einer ganz anderen Seite: Die einfachsten Aussagen konnte er nicht verstehen, mußte nochmals nachfragen, zog die Stirn in Falten, unterbrach mitten im Satz - kurz und gut, er gab sich alle Mühe die Frau völlig zu verunsichern. Es nutzte dennoch nichts, die Zeugin bestätigte alle Vorwürfe der Angeklagten: Der Schalterbeamte habe sie als schwarze Frauen ganz klar verächtlich behandelt und die Bullen seien bei der Festnahme äußerst aggressiv vorgegangen - mit Hund natürlich.

Das wars. Jetzt blieb nur noch die Rechtsfindung. Der junge Staatsanwalt stellte an den Anfang seines Playdoyers ein flammendes Bekanntnis für die Völkerfreunschaft und gegen jede rassistische Tat und bekannte auch selbst in der Richtung aktiv zu sein (wahrscheinlich in der Lichterkette). In diesem Falle aber, der gerade verhandelt würde, sehe er kein rassistisches Verhalten eines Beamten, es ging doch lediglich um eine Fahrkarte und einen kleinen Streit am Schalter. Auch wenn die Aussagen der Polizeibeamten teilweise etwas widersprüchlich waren (schwitz!), insgesamt glaube er ihnen doch. Also schuldig.

Die Rechtsanwälte der beiden Frauen wiesen ihrerseits darauf hin, daß rassistisches Verhalten sich in vielen Arten äußern könnte und daß das (weiße) Gericht in diesem Fall die Betroffenen genau anhören sollte, diese könnten am Besten einschätzen, wann sie diskriminiert werden oder nicht. Daß in der Verhandlung die Bullen wie die Meister gelogen hatten, wußte im Saal bereits jede und jeder, aber Richter Hirn bekam es nochmals gesagt, bevor er sich zur Beratung mit sich selbst zurückzog.

Es kam so wie es kommen mußte: Auch Richter Hirn bekannte sich in seinem Urteil gegen jede Form des Rassismus - so fangen Schuldsprüche immer an. Und in der Tat. Trotz seiner so stolz verkündeten Heirat mit einer Ausländerin hatte er in seinem Urteil alle Anzeichen der Voreingenommenheit deutscher "Rechts"-sprechung widergegeben: Den Angeklagten wurde nicht geglaubt, obwohl ihre Aussagen weitaus stimmiger waren, als die der Bullen. Deren offensichtliche Lügen übersah der Richter ganz großzügig und selbst die Entlastungszeugin und der Schalterbeamte, der die Polizisten ebenfalls enttarnte, halfen nichts. Die Angeklagten waren schuldig. Rassismus hat bei der ganzen Sache keine Rolle gespielt, es waren die beiden Frauen, die die ganze Auseinandersetzung begannen.

Manche der ProzeßbesucherInnen hatten einen derartigen Ausgang des Verfahrens schon kommen sehen. Dennoch hatten viele bis zum Ende noch auf einen Sieg der Objetivität über bereits bekannte Erfahrungen mit der Justiz gehofft. Die Stimmung nach dem Urteil war deshalb auch eher von Enttäuschung geprägt denn von Zorn.

Kein Grund zur Depression! Vielleicht sollten wir uns wieder mehr in Erinnerung rufen, welche Rolle die Justiz in der Gesellschaft spielt und wie weit es her ist mit ihrer vielgerühmten Objektivität. Und vielleicht sollten wir Prozeßbesuche nicht nur als interessiert beobachtende Öffentlichkeit begreifen, sondern den Herren und Frauen Richtern mal wieder mehr die Meinung sagen, wenn sie es allzu bunt treiben in ihren schwarzen Roben. Auf daß im Gerichtssal wieder öfter die Wände wackeln, groß genug sind die Türen zum Zuschlagen ja. Und eine Polizeikette vor der Richterbank wäre doch ein adäquates Aushängeschild für diese Justiz!

Zu antifaschistischen Organisationen in der BRD

Wir wollen fünf antifaschistische Organisationen vorstellen, die zum großen Teil aus der autonomen oder antiimperialistischen Bewegung heraus entstanden sind.

Die autonome Bewegung ist eine Bewegung, die unabhängig von Parteien oder Institutionen radikale Politik gegen Sexismus, Rassismus und Faschismus macht.

Das Konzept, das ihr zugrundeliegt ist folgendes: es soll keine einheitliche Ideologie geben, für größere Aktionen ist eine denzentrale Vernetzung vorhanden, die militanten Aktionen und die Theorie sollen sich im Wechselspiel weiterentwickeln.

Die antiimperialistischen Gruppen bildeten in den achtziger Jahren keine Bewegung sondern waren meist feste, oft nach außen abgeschottete Gruppen. Es gab sie in ziemlich vielen Städten, und ihre Inhalte bestimmten sich im wesentlichen über die Auseinandersetzung mit der Politik der RAF oder über die Solidaritätsarbeit mit den im Hungerstreik befindlichen Gefangenen.

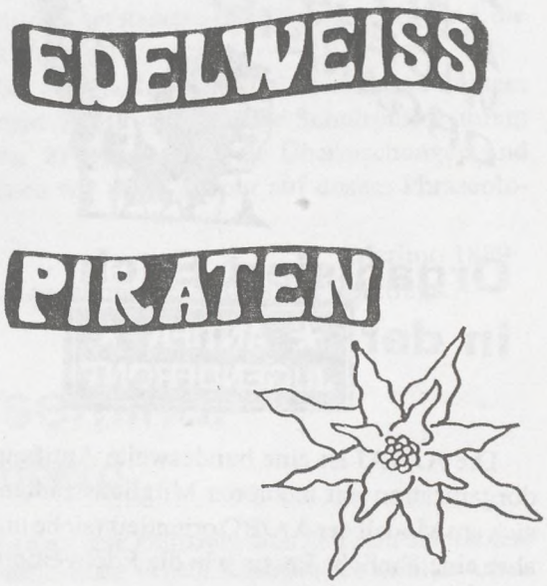
Die anderen Kräfte, aus denen heraus die antifaschistische Organisationen entstammten, sind aufgeschlossene KommunistInnen, TrotzkistInnen und AnarchistInnen. Los ging es eigentlich schon viel früher mit der antifaschistischen Organisierung, aber interessant wurde es vor allem Anfang der Achtziger...

Vor allem in Norddeutschland hatten sich zu dieser Zeit erstaunlich schlagkräftige Antifazusammenhänge entwickelt, die es über drei bis fünf Jahre lang schafften, den Faschos das Leben schwer zu machen.

Im Süden gab es diese Antifagruppen auch, sie waren allerdings weniger wirksam bei ihren Angriffen auf Faschos. Die Stärke dieser, zum größten Teil abgeschotteten Gruppen, lag im Auskundschaften, dokumentieren und anschließenden Angreifen von faschistischen Zentren sowie im Verhindern von faschistischen Aufmärschen.

Doch 1989 kam dann das böse Erwachen. Die FaschistInnen zogen oftmals in die Parlamente ein, und die Gewalttaten von rechts nahmen so zu, daß von einer angreifenden Antifabewegung nicht mehr die Rede sein konnte.

Es wurde klar, daß Antifa mehr heißen muß als Nazis anzugreifen oder ihnen (mittlerweile) hinterherzurennen. Aus dieser Erkenntnis heraus wurde gehandelt. Ein entscheidender Schritt war unserer Meinung nach die Gründung der Antifa Jugend Front in Berlin. Die AJF waren Gruppen von Jugendlichen, meistens SchülerInnen, die eben an Schulen Flugblätter verteilt haben, Aktionen planten und teilweise viele Jugendliche organisierten oder auf die Straße bringen konnten. Mittlerweile besteht die organisierte Antifajugendbewegung aus zwei Gruppen: der AFJ/AJ und den Edelweißpiraten (Epis).



Die Edelweißpiraten wurden vor zweieinhalb Jahren gegründet. Die Stämme, wie ihre Ortsgruppen heißen, haben eine gemeinsame Zeitung, das ANTIFAJUGEND-INFO und gemeinsame Flugblätter/Plakate, mit denen Aktionen unterstützt werden. Es gibt 39 Epi-Stämme. Die größtenteils offen zugänglichen Gruppen wollen durch ihr öffentliches Durchführen von Aktionen Jugendliche ansprechen. Viel Resonanz fand dabei die recht erfolgreiche Kampagne "Stoppt Nazi-Zeitungen" (Siehe dazu auch TANZ Nullnummer).

Gegen Faschismus und Rassismus

Organisiert Euch in der ★ ANTIFA ★ JUGENDFRONT

Die AJF/AJ ist eine bundesweite Antifajugendorganisation mit mehreren Mitgliedsstädten, die sich am Modell der AA/BO orientiert (siehe unten), aber eine ähnliche Praxis wie die Edelweißpiraten hat.

ANTIFASCHISTISCHE AKTION
BUNDESWEITE ORGANISATION

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

Die Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation

Hauptsächlich angefangen hat die Idee bundesweiter Organisierung mit einem Diskussionspapier der Göttinger Antifagruppe (M), das Ende 1989 herauskam. Im August 1991 entstand ein bundesweites Antifatreffen, von dem aus sich Antifagruppen aus vor allem mittelgroßen Städten wie Göttingen zusammenfanden und den Schritt hin zu einer Organisierung vollziehen wollten. Organisation bedeutet, daß es feste Mitglieder, einheitliche Ziele, gemeinsame Grundsätze und gemeinsame Kampagnen gibt. Also eigentlich eine echt gute Sache. Es kam dann aber zu einer Abspaltung von Gruppen aus verschiedenen Gründen. Zum einen gab es Unzufriedenheit mit dem Beschluß, nur feste Mitglieder zuzulassen. Zum zweiten wollten einige Gruppen die abgedrehte Idee der Bonner und Göttinger Antifas nicht mitmachen, einen Gründungskongreß für 32 000.- DM abzuhalten. Der Kongreß kam nie zustande.

Die ausgetretenen Gruppen riefen gemeinsam mit anderen politischen Zusammenhängen, die die alljährlichen Gegenaktionen zum Rudolf-Heß-Marsch der Nazis organisiert hatten, die Antifaschistische Koordination in Leben.

Zitat aus der ersten Einladung: "Es geht uns nicht um eine Organisation an sich, sondern um eine Organisierung und Vernetzung. Das setzt ein Kennenlernen und einen Austausch voraus, dem verbindliche Strukturen folgen sollen. Für uns ist die Entwicklung der Antifabewegung, in der Leute aus unterschiedlichen Ecken, der alten Linken, aus Ost und West, Männer und Frauen, ImmigrantInnen usw. zusammenkommen, sich gegenseitig unterstützen und Lösungsmöglichkeiten suchen, wichtig."

FANTIFA

Die Feministische Antifa ist eine bundesweite Koordination von Frauen-Anifa-Gruppen. Es sind auschließlich Frauen vertreten und die meisten von ihnen wollen antipatriachale Positionen (d.h. sie begreifen das Patriachat, also die Herrschaft von Männern über Frauen, als Grundlage für Unterdrückung und Ausbeutung) zum Grundbestandteil antifaschistischer Politik machen. Ein anderer Grund für die FANTIFA-Gründung ist, daß viele Frauen keine Lust mehr darauf hatten, sich permanent gegen Mackerverahalten von Antifamännern zu wehren und durchsetzen zu müssen, um am Ende zu

merken, daß sich am patriachalen Verhalten der Männer nichts geändert hat, trotz Auseinandersetzung. Wichtig ist außerdem, daß Frauen sich gemeinsam am besten vor Mackerübergriffen (auch auf Antifademos!) schützen können.

In der ganzen BRD gibt es noch haufenweise antifaschistische Einzelpersonen, kleine oder große, lose oder organisierte Gruppen, die sich zu Kampagnen zusammenfinden und über Zeitschriften wie INTERIM oder RADIKAL miteinander kommunizieren.

So weit die Darstellung, in der zwei Hauptströmungen festzustellen sind: AFJ, AA/BO auf der einen Seite, Edelweißpiraten/KO auf der anderen. Das komische ist, daß die grundsätzlichen Diskussionsergebnisse ähnlich sind: daß die Autonomen viele Fehler gemacht haben, daß eine Öffnung nach außen wichtig ist, daß es nötig ist, sich als Teil der Gesellschaft zu begreifen und daß es um eine einheitliche Strategie und Entwicklung einer Alternative zum kapitalistischen und patriachalen System gehen muß.

Das weniger komische ist, daß sich Geschichte wiederholt und daß wir leider auch nichts aus der Geschichte gelernt haben. Die alten aus Geschichte belegbaren Gräben zwischen KommunistInnen und AnarchistInnen werden sich wieder vertiefen, auch wenn die verschiedenen Lager sich nicht mehr so nennen und zum Beipsiel auch in der KO KommunistInnen sind. Die Gründe dafür sind einerseits sehr offensichtliche politische, andererseits haben sie sicher auch etwas mit persönlichen Gefühlen, Stolz und Konkurrenzdenken zu tun. Es geht um das Auftreten nach außen, um die Einschätzung der eigenen Stärke, um Analysen und um Strategien, die wir nicht genauer erklären können, weil das eine sehr theoretische Abhandlung sein würde.

Wir wollen aus den Diskussionen der verschiedenen Zusammenhänge lernen, uns das Positive aneignen und das Negative weglassen. Trotzdem können wir nicht verleugnen, daß wir uns geschichtlich mit der Idee des freien Kommunismus (oder Anarchismus) verbunden fühlen und daß diese Verbundenheit immer wieder zum Ausdruck kommen wird.

Im Kampf für eine organisierte, revolutionäre antifaschistische Bewegung werden wir noch viele Fehler machen und viele Niederlagen erleiden. Gerade deshalb müssen wir aus unseren Fehlern lernen und versuchen, das Blockdenken und die Selbstsucht aufzubrechen.

"Die Menschheit marschiert nicht auf einem einzigem Weg und nach der Schulroutine ihrem Ziel zu. Erwarten wir viele Überraschungen und vertrauen wir nicht zu sehr auf unsere Phraseologie"

Merlino 1889

Einige autonome Antifas aus Reutlingen

Antifaschistisches Osterseminar

der Naturfreundejugend Württemberg

Zu einem Seminar "Geschichte und Gegenwart antifaschistischen Jugendwiderstands" lädt die Naturfreundejugend Württemberg an Ostern ein. Das einwöchige Seminar ist sicher eine tolle Möglichkeit, sich über die Bedingungen der antifaschistischen Jugendarbeit im Nationalsozialsimus wie auch in der heutigen Phase neuer faschistischer Organisierung zu informieren. InteressentInnen haben ein umfangreiches Programm zu erwarten: Der traditionell antifaschistische Verband der Naturfreundejugend ist bekannt für seine informativen aber auch immer sehr spaßigen Seminargestaltungen. Neben Infos, Filmen etc. zum Thema gibt es auch Diskussionen mit alten AntifaschistInnen aus dem Jugendwiderstand der dreißiger Jahre in Stuttgart. Aber es wird eben auch über die Möglichkeiten heutiger antifaschistischer Jugendorganisierung gesprochen (autonome Jugend, Jugendantifazeitungen, Edelweißpiraten etc.). Und weil das Seminar eine Woche dauert, bleibt neben dem Politkram auch Zeit zum Schwoofen, Labern etc. Eben weil die Naturfreunde ein alter ArbeiterInnenverein sind, bleiben die Seminare unschlagbar billig: Für NichtverdienerInnen 50.-, für VerdienerInnen 60.- Latschos.

Los geht das Seminar am 26.3 um 18 Uhr auf dem Naturfreundehaus in Herrenberg und endet am 2.4. (In den Beiträgen ist auch eine Fahrkostenerstattung enthalten!).

Wer hin will, sollte sich ganz schnell (ca 40 Plätze sind vorhanden) bei folgender Adresse anmelden:

Die Naturfreundejugend Württemberg
Neue Straße 150
70186 Stuttgart
oder Tel.: 0711/481076 (für weitere Infos Sivi oder Herbert verlangen)

Unser rechter Alltag

Während Staat und Polizei sich juristisch und militärisch weiter aufrüsten, wird das Alltagsbewußtsein großer Teile der Bevölkerung in der BRD zunehmend bestimmt von nationalchauvinistischen, rassistischen ideologischen Versatzstücken und von psychotischen Ängsten vor dem "Fremden". Stehen wir vor einer breitangelegten gesellschaftlichen Faschisierung? Wie sieht der Alltag in unserer Region aus?

In der Öffentlichkeit findet in letzter Zeit verstärkt die Vorstellung Verbreitung, der faschistische Vormarsch in der BRD wäre weitgehend gestoppt. Als Beleg dafür wird die zurückgehende Zahl an registrierten Gewalttaten von Rechts herangezogen.

Und tatsächlich scheint es so, daß die massivsten Gewaltexzesse, auch die damit häufig verbundene Anzahl an faschistisch und rassistisch motivierten Morden und Mordversuchen, in diesem Jahr nachgelassen haben. Auch die Gesamtzahl der registrierten rechtsradikalen Straftaten ist augenscheinlich im Jahre 1993 im Vergleich zum Vorjahr rückläufig. Was uns diese Statistik aber nicht sagen kann, ist, ob die potentielle Befähigung zur Gewalt - gemeint ist die rechtsextremistische Organisierung in ideologischer, institutioneller und militanter Hinsicht - eingedämmt wurde, oder ob diese Dinge im Augenblicke weitgehend der öffentlichen Wahrnehmung entzogen sind bzw. die Faschisten eine verstärkte Untergrundarbeit vorbereiten.

Eine ganz andere Problematik liegt aber jenseits der direkten Geheimorganisierung faschistischer Gruppierungen.

Die Statistik zeichnet nicht nur aufgrund der vorsichtigeren Vorgehensweise organisierter militanter Gruppen ein trügerisches Bild einer abflauenden faschistischen Gefahr. Interessanter Weise lassen zahlreiche Beobachtungen den Schluß zu, daß rechte Gewaltakte immer weniger durch die politischen Meßinstrumente der bürgerlichen Öffentlichkeit, u.a. also von Polizei und Informationsmedien, wahrgenommen werden.

Ist es denkbar, daß zur Zeit eine allgemeine, das heißt gesamtgesellschaftliche Verstärkung rassistischer und faschistischer Denkweisen und Einstellungen in der Bevölkerung um sich greift, weit über die offen nazistischen und rechtsradikalen Kreise hinaus, daß sich folglich autoritäre und menschenverachtende Haltungen in dem Maße potenzieren, wie die soziale und politische Ignoranz zunimmt in der niedergehenden "Wohlstandgesellschaft"?

Die Medien

In den öffentlichen Medien finden die alltäglichen Übergriffe von Faschisten nur noch marginale Bedeutung und häufig werden solche Vorkommnisse gar nicht mehr der Presse (oder von ihr) gemeldet. Der alltägliche Rassismus geht in die Statistik nicht mit ein.

Die üblicherweise angeführten Abstumpfungs- oder Gewöhnungsprozesse als Effekte, die allenthalben im Zusammenhang mit der katastrophenmüden "überinformierten" Mediengesellschaft genannt werden, taugen nur sehr bedingt als Erklärung. So ist beispielsweise der Brandanschlag Ende Januar in Frankfurt a.M., bei dem zehn Auslände-

rInnen verlezt wurden, auch deshalb fast nicht wahrgenommen worden, weil er ganz bewußt unter "Vermischtes" in den bürgerlichen Medien eingeordnet wurde, was vor ein zwei Jahren nicht möglich gewesen wäre. Sein gesellschaftlicher Stellenwert wurde heruntergeschraubt auf die Stufe eines schwereren Verkehrsunfalls. Es ist folglich gewollt, daß die weiter vorhandene Gewalt der Rechten nicht mehr in den Mittelpunkt der medialen Nachrichten gelangt.

Der Umgang mit rechtsradikalen Übergriffen, Verbrechen und die Form ihrer medialen und polizeilichen Erfassung läßt der Vermutung eine gewisse Schlüssigkeit zukommen, daß also nicht die Überfütterung mit Informationen Ursache der gesellschaftlichen Ignoranz ist, sondern die langsame aber stetig wachsende Bereitschaft zur Akzeptanz und geistigen Übernahme repressiver Denkstrukturen in den Alltagsverstand der Menschen, in den Behörden und in der Presse.

Polizei und Politik

Hand in Hand mit dieser Entwicklung geht die Verstärkung rechtsradikaler Tendenzen bei der von Haus aus schon rechtslastigen Polizei. Vielerlei (mündliche) Berichte handeln von Übergriffen der Beamten des Polizeiapparats und von Verstößen gegen geltendes Gesetz. Dies erhärtet den Verdacht, daß rassistische und faschistoide Gedankenstrukturen das alltägliche Wirklichkeitsverständnis vieler StaatsbeamtInnen bestimmen. Wenn sogar ministeriale Politiker von "Durchrassung und Überfremdung" (Stoiber, Waigel) reden und mit weitgehender öffentlicher Duldung rechnen können, ist es nicht mehr verwunderlich, daß ihre Staatsbediensteten einem gewissenlosen und von keiner Spur Unrechtsbewußtseins eingeengten Amtsmißbrauch zur Diskriminierung der "Feinde" verfallen. Auch eine Erfahrung vieler, die auf Sozialämtern, bei der Ausländerbehörde, bei Polizei und Justiz mit vorurteilserfüllten BeamtInnen konfrontiert werden.

PolitikerInnen forcieren nicht nur in der Asylgesetzgebung den bewußten Bruch mit den gegen eine neuerliche Faschisierung im Grundgesetz verankerte rechtliche Grundabsicherungen. (Das GG stellt mit seinem repressiven kapitalistischen Grundtenor eh nur ein mickriges Zugeständis der herrschenden Klasse dar). So wird offen diskutiert, ob die Bundeswehr nicht für innere Angelegenheiten eingesetzt werden sollte (Schäuble fordert die Änderung über die Notstandsgesetze hinaus), und es wird wohl so kommen, daß die Aufhebung der grundgesetzlichen Trennung von Verfassungsschutz und Polizei eine - wie dies die "Humanistische Union" nennt - Wiedereinführung einer neuen (der geschichtlichen Vorläuferin strukturell identischen) Gestapo bringt. Ein demgemäßes verfassungswidriges "Zusammenarbeitsgesetz" wird derzeit von den Innenministerien vorbereitet.

Medien, Staat und Bullen

So wie aber die politischen VertreterInnen des Staats nicht öffentlich belangt werden für ihre rechte Propaganda, so können Polizeibamte (aber auch z.B. Beamte im Bereich der Auländerverwal-

tung) Gesetzesverletzungen und Übergriffe begehen, ohne auf öffentlichen Widerstand zu treffen. Nur in Ausnahmefällen wird über polizeiliche Übergriffe berichtet. Die Medien zeigen nur wenig Interesse an Aufklärung von illegalen oder auch legalen, aber verwerflichen polizeilichen Handlungen. Folgendes Ereignis sei ein eindrückliches Beispiel für das Zusammenspiel von Politik, Medien und Polizei. Es geht um die unglaubliche Mißhandlung von Flüchtlingen in Brandenburg, wo im Dezember '93 600 Polizeibeamte ein Flüchtlingslager mit etwa 100 AsylbewerberInnen stürmte, mit der Begründung es sei Gefahr im Verzug: Die Polizei suchte einen flüchtenden "Asylbewerber." Die Aktion dauert von morgens um 5 bis abends um 7. Die Menschen wurden auf ihre Zimmer eingeschlossen und dort einzeln verhört. Später wurde ihr weniges Hab und Gut wahllos als "Diebesgut" beschlagnahmt, alle mußten sich nackt ausziehen, die Frauen vor männlichen Beamten, viele wurde grün und blau geschlagen. Die Kinder wurden in dieser Zeit in einem Berliner Knast "verwahrt". Als "Öffentlichkeit" wurde eine Sozialarbeiterin zugelassen, die der Berliner TAZ, die als einzige deutsche Zeitung über die Aktion berichtete, die Ereignisse schilderte (die von Betroffenen so bestätigt wurden). Weder BeamtInnen noch Medienleute haben Probleme mit dieser Form von staatlicher Willkürpraxis.

Wenn mißliebige Minderheiten - zur Zeit sind dies die Flüchtlinge - immer intensiveren Repressalien ausgesetzt sind, die sowohl offizieller Natur sein können (wie die Essenspaketausgabe als staatliches Abschreckungmittel gegen die Flucht nach Deutschland) als auch in widerrechtlichen Gewaltakten ihren Ausdruck finden, und wenn Medien und Exekutive vereint diese Vorkommnisse verschweigen, dann sind dies sogar für das autoritäre bürgerliche Demokratiesystem der BRD bedenkliche Anzeichen für dessen Rückentwicklung.

Staatsterrorismus gegen gezielt ausgesuchte und medial aufgebaute "innere Feinde" und feiges Schweigen der Massenmedien zur Diskriminierungspraxis (Tagblatt Tübingen oder TAZ sind da nur bedingt Ausnahmen in der Masse der bürgerlichen Medien), bilden Teile des substantiellen Kerns der totalitären Manier der Gesellschaft.

Alle zusammen: Der Staat, die Bullen, die Medien und das Alltagsbewußtsein

Medien, PolitikerInnen und Polizei äußern sich ihren politischen und ökonomischen Zielen nur scheinbar differenziert zu den von ihnen seit Jahren ins öffentliche Bewußtsein gepuschten Probleme, die durch AusländerInnen entstehen würden. Fragwürdige und fehlinterpretierte Sozial, Finanz- und Kriminalitätsstatistiken und Studien werden permanent öffentlich breitgetreten. Sie sprechen von der Gefahr durch ausländische Dealer, klauende Flüchtlinge, sozialbetrügerische AusländerInnen, Autoknacker aus der Türkei und organisierte Banden. Die ständige Wiederholung von Bedrohungssezenarien prägt die Wahrnehmung der unpolitischen Masse. Dazu bedarf nur hier und da der richtig massiven Hetze. Allein schon durch die permanente Vorgaukelung des berühmten "Einzeltäters, ensteht im Kopf der von allerlei psychotischen Sicherheitsängsten verfolgten Durchschnittsbürger die krankhafte Vorstellung einer immer-

währenden Gefahr für Wohlstand, Sicherheit und Ordnung, und was noch so wesentlich erscheint: eine Gefahr die von vielen "Einzeltätern" auszugehen scheint. Gegen das unbegriffenden Fremde werden die Aggressionen gerichtet. So fabriziert die Alltagsvorstellung aus dem einzelnen Dealer ein Heer von ausländischen Kriminellen, so wird der Flüchtling zum Haare - vom - Kopf - fressenden Scheinasylanten. Dieses Phänomen ist gut bekannt (mensch lese nur die Leserbriefe von Clauß und Clauss) und richtet sich letzlich gegen all die, die eine andere, fremde Lebensweise, eine andere Auffassung haben: Diese staatliche Nutzung von manipulierten Vorurteilen ist ähnlich von der staatlichen und medialen Hetze gegen eine Handvoll KämpferInnen aus dem bewaffneten Widerstand der RAF in den Siebzigern bekannt. Linke wie Flüchtlinge, Arme wie Behinderte werden als etwas Zivilisationsfremdes oder Gefährdendes wahrgenommen, zu einer abstrakten Bedrohung vom Schlage der "islamischen Gefahr": Keiner kennt ihn, aber gerade deshalb muß er hinterhältig und gemein sein. Der Alltagsverstand macht vor allem diejenigen als Feinde aus, die ihm so geschickt durch die Manipulatoren der staatlichen und medialen Autoritäten präsentiert werden.

Der regionale Alltag

Drei Ereignisse sollen im folgenden beispielhaft zeigen, daß diese "rechte" Alltäglichkeit auch in unserer Region zu spüren ist. Die tätige Mithilfe der Polizei für die freie Entfaltung des faschistischen Mob oder ihre eigenen aktive rassistische Haltungen sind dabei ebenso benannt, wie die Tatsache, daß faschistische Politiker (Schaal) hier mit offiziellen Ehrungen bedacht werden.

Es handelt sich wahrlich nicht um spektakuläre Erscheinungen. Sie allein sind auch kein ausreichender Hinweis auf Faschisierungstendenzen. Sie sind Beispiele für den oben benannten Alltagsverstand.

1. Beispiel: Bullen und Glatzen

Im Stuttgarter Süden werden Anfang Januar aus der eher linken Kneipe "Lehen" fünf Skinheads rausgeschmissen. Die Glatzen hatten zuvor in der Nähe einen Passanten übel zusammengeschlagen. Der dazu eintreffenden Polizeistreife fiel nichts besseres ein, als den blutenden Mann mit Handschellen zu fesseln und mitzunehmen. Von den Nazis wurden nicht mal die Personalien festgehalten. Die Faschos wurden von den Bullen in oben genannte Kneipe weitergeschickt mit dem Ratschlag, sie möchten doch den Unsinn lassen und lieber in den "Lehen" gehen, da könnten sie Linke verprügelen. Der Jungsturm machte sich auch gleich auf in die Kneipe, wo sie angesichts der anwesenden Masse von Antifas und anderen Leuten den Schwanz einzogen und sich verpissten. Das Vorgehen der Polizei bei diesem Vorfall zeigt, wie in den Köpfen der Bullen die Freund-Feind Vorstellungen aussehen. Ob eine Anzeige gegen die nazifreundlichen Bullen vorgenommen wurde (wie von Nachbarn, die den Vorfall beobachteten angekündigt) ist nicht bekannt, ausichtslos wäre das Verfahren allemal.

2.Beispiel: braune Schimanskis in Tübingen

In Tübingen stürmen Anfang Januar gegen 24 Uhr zwei Polizisten (Namen sind der Redaktion bekannt) in Zivil in ein in Form von Einzelzimmern vermietetes Stockwerk in der Altstadt. Ziel ist die Hausdurchsuchung in den Räumen eines vermeindlichen Drogendealers. Alle Bewohner der Zimmer sind Ausländer. Geöffnet wird die Tür von einem Mann aus Afrika, der hier als anerkannter Asylbewerber lebt (Name der Red.bekannt) und der der auf dem Stockwerk einzige anwesende Mieter zu dieser Zeit ist. Dem werden kurz die Ausweise gezeigt aber nicht erklärt, um was es eigentlich geht. Ohne Hausdurchsuchungsbefehl wird sein Zimmer von den Zivilbeamten durchwühlt. Die Beamten fragen ihn nach Drogen. Offensichtlich suchen sie eigentlich nach einem anderen Mann und einem anderen Zimmer. Da sie schon mal da sind, durchsuchen sie eben den Raum eines völligen Unbescholtenen. Gesetze gelten hier für diese Beamten scheinbar nicht gegenüber einem andersfarbigen Menschen. Gefunden wird natürlich nichts. Daß es um eine andere Person mit anderem Zimmer ging, kann sich der Überfallene später nur zusammenreimen. Das "richtige" Zimmer, das Zielobjekt wird an diesem Abend nicht mehr anvisiert.

3. Beispiel: Tolerantes Tübingen

Zum wiederholten Male wird zum Neujahrsempfang des Oberbürgermeister Schmids im Tübinger Rathaus auch die ortsansässige faschistische Prominenz geladen. Karl-August Schaal, MdL der Reps wird hier mit Ehren behandelt und vor mög-

lichen linken GegendemonstrantInnen (die diesmal nicht kamen) mit großem Polizeiaufgebot geschützt. Auch die Tagespresse huldigt ihm mit ihrer Abgeordnetekolumne in regelmäßigen Abständen. Nun ist ja bekannt, daß sowohl SoziologInnen wie HistorikerInnen und zuletzt ein Sprachwissenschaftler den Reps ihr faschistisches Gedankengut zum wiederholten Male bestätigt haben. Der Wolf im Schaalskleid ist aber für die gleiche Presse, die diese Fakten ab und an abdruckt, immer wieder veröffentlichungsfähig und darf sich als unbescholtener heimatliebender Bürger verkaufen, der zufällig in einer Partei sitzt, in der eben auch Krawattenfaschisten herumlungern. Nicht nur der tolerante OB, sondern auch die Heimatpresse zeigt sich aufgeschlossen, (wahrscheinlich mit der Begründung, daß keine rechten Märtyrer geschaffen werden sollen?). Am 7. Januar veröffentlichte das SCHWÄBISCHE TAGLATT wieder eine der Stellungsnahmen Schaals. Am 20. Jänner beklagt hingegen Sepp Wais im "Übrigens" die öffentliche Ignoranz gegenüber den Rechten, angesichts von durchschnittlich 40 Straftaten täglich, die im Land Baden-Württemberg von Nazis begangen werden. Wais befürchtet, daß zunehmend mehr Menschen Angst vor der öffenlichen Bekundung einer antifaschistischen Meinung haben. Diesem politischen Klimawechsel wird aber leider vom ST nicht allzuviel entgegengesetzt außer Klagen. Politisch angreifbarer von Rechts aber sicher wirksamer wäre es, der Etablierung Schaals in der Öffentlichkeit durch einen Veröffentlichungsstopp entgegenzuwirken. Die sicherlich aus einer solchen konsequenten Haltung resultierende Auseinandersetzung scheut die bürgerliche Presse allerortens. Die Reps abzulehnen, wird für viele Bürger dieses Landes offensichtlich immer schwieriger, weil sich ihr eigenes Denken und das der Reps nur noch schwerlich unterscheiden lassen.

Schluß

Weder Nazis, repressiver Staat, rechtsradikale Polizisten und PolitikerInnen oder ein zurückgebliebenes autoritätenhöriges Denken sind für sich gesehen mehr als Ausdruck einer kaputten menschenfeinlichen deutschen Gesellschaft. Sie sind alle nichts neues. Bedenklich ist heute das *Zusammenspiel* dieser Elemente.

Den Faschismus zeichneten unter anderem (die ökonomischen und patriachalen Kennzeichen der Gesellschaft wurden hier außen vorgelassen) die Weiterentwicklung dieser Elemente zum Staatsterrorismus, zur nationalchauvinistischen Propaganda durch die Regierung, zur Hetze gegen "Undeutsches", zur gesetzlichen Gleichschaltung der Presse und zur Verdummung und Verrohung der Bevölkerung aus. Wir stehen heute nicht mehr nur am Anfang dieser Entwicklung. Mit erschreckender Geschwindigkeit fügen sich die Deutschen der ideologischen Vereinnahmung und der steigenden Repression. Ohne massiven öffentlichen Gegendruck wird angesichts der wachsenden ökonomischen Krise einer Faschisierung nicht Einhalt zu gebieten sein.

Flüchtlinge brauchen Geld für AnwältInnen

Das "Komitee gegen die Bezirksstelle Reutlingen", das seit über einem Jahr gegen die herrschende Flüchtlingspolitk in der BRD arbeitet, hat einen Spendenaufruf veröffentlicht, der dazu dienen soll, daß Flüchtlinge mit Spendengeldern in die Lage versetzt werden, ihr Recht auf Asyl einklagen zu können. Das Komitee schreibt dazu im Aufruf:

"Zu unserer politischen Arbeit gegen die rassistische Politik der BRD gehört auch die direkte Unterstützungsarbeit für die Flüchtlinge. Darin ist die rechtliche Beratung und Unterstützung ein Teil. Denn die Flüchtlinge erhalten von offizieller Seite kaum Informationen über das Asylverfahren, die neuen Gesetze und über ihre Rechte und Möglichkeiten. Die Flüchtlinge sind dem Bundesamt, dem Verwaltungsgericht und der Abschiebebehörde ausgeliefert, zumal die Amtsprache Deutsch ist und Flüchtlinge kaum in der Lage sind, die Protokolle, Bescheide und Briefe zu lesen." (Zu der Abschiebepraxis ist in TANZ Nr. 2 ein aufschlußreiches Interview mit einer Mitarbeiterin des Asylzentrums Tübingen erschienen!)

Das Komitee schreibt des weiteren, daß im Augenblick vor allem Menschen aus Zaire von der Ablehnung bedroht sind. Um gegen ihre als "unbegründet" beschiedenen Negativbescheide, die sie vom Bundesamt ausgestellt bekommen, klagen zu können, müssen aber Anwälte und Anwältinnen finanziert werden. "Das Asylverfahren in solchen Fällen kostet mindestens 1000-1500 DM!. Als Anzahlung sind mindestens 200.-DM erforderlich. Bisher entstehen für anwaltliche Vertretung ca.10000 DM Kosten."

Es ist daher dringend erforderlich, daß auf das unten genannte Konto SPENDEN überwiesen werden:

Spendenkonto des Komitees gegen die Bezirksstelle: Stichwort "Rechtshilfe"

KSK Tübingen, D. Riekert, Kto.Nr.: 861 847
BLZ: 641 500 20

Selbstdarstellung des antifaschistischen Pressearchivs in Berlin

Was machen wir?

Wir sind als von Parteien und Institutionen unabhängiges Antifaarchiv seit Jahren dabei, Veröffentli chungen zu archivieren, die Antifaschistinnen und Antifaschisten nützlich sind. Wir bearbeiten zu diesem Zweck die Veröffentlichungen der Tagespresse, wobei unser Schwerpunkt deutlich auf Vorgängen in Berlin und Brandenburg liegt, ohne Überregionales zu vernachlässigen. Hinzu kommen Wochen- und Monatszeitungen sowie Dokumentationen, Broschüren und Bücher aus dem bürgelichen und linken Spektrum.

In unserem Bestand - ab 1980 - findet ihr Material

- zu neofaschistischen Organisationen (NF, DA, FAP...)
- zu Parteien der Braunzone (DVU, REP, NPD, ÖDP, DL...)
- zum rechtskonservativen Bereich (Burschenschaften, Vertriebenenverbände...)
- zu Skins und Hooligans
- zu Psycho- und Politsekten
- zu heidnischen Gruppen und deren Verbindung zum neofaschistischen Lager
- zur Ideologie der "Neuen Rechten"
- zu rassistischen und antisemitischen Angriffen
- zu antifaschistischen und antirassistischen Aktionen und Initiativen
- zur Asylpolitik und zur Asyldebatte.

Wozu das Archiv?

Wir wollen die Informationen, die zu den obigen Themen tagtäglich und über die Jahre veröffentlicht werden, allen antifaschistischen und antirassistischen Initiativen, Gruppen und Personen zur Verfügung stellen, um durch Hintergrund u. a. eine fundierte Öffentlichkeitsarbeit zu erleichtern.

Wir wollen mit dem Archiv die Möglichkeit bieten, sich ein umfassendes Bild über die Entwicklung im neofaschistischen Lager anzueignen.

Desweiteren haben wir das Ziel, Informationen zu ausgewählten Schwerpunkten selber zu veröffentlichen.

Wie könnt ihr das Archiv nutzen?

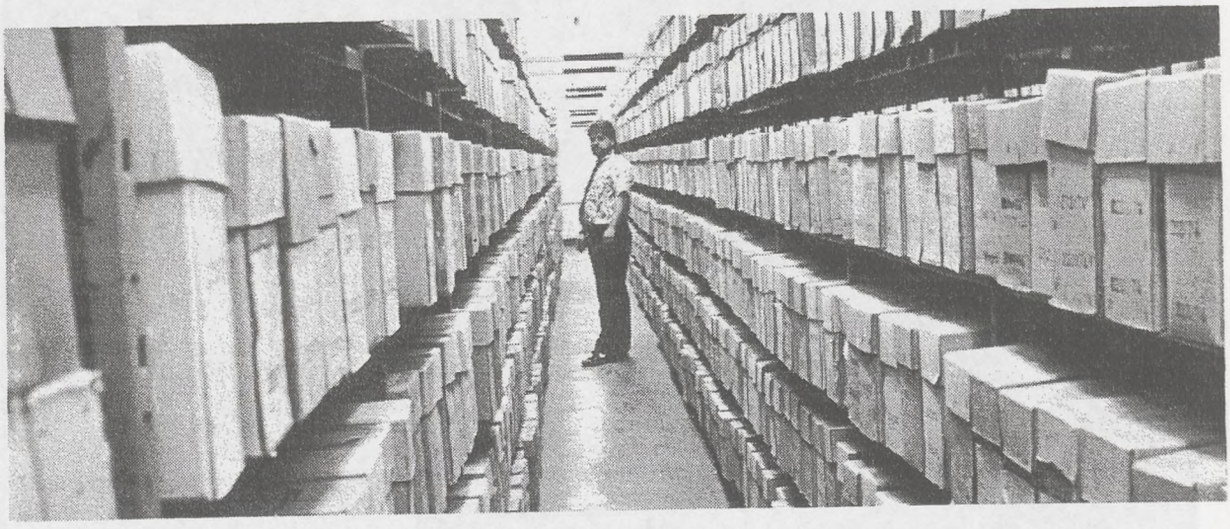
- Ihr kommt bei uns vorbei. Wir sind jeden Donnerstag von 17 bis 20 Uhr im Archiv.
- Ihr fragt schriftlich bei uns an. In diesem Fall werden auf Euch Kopier- und Portokosten zukommen.

Bitte legt Rückporto bei!

Was könnt Ihr zum Antifaarchiv beitragen?

- Vor allem benötigen wir Material und Informationen aus den obengenanntenThemenbereichen, denn wir können nicht überall sein bzw. wissen von vielen Dingen auch nicht.

Deshalb möchten wir Euch bitten, uns alles zuzusenden, was mit Faschismus / Antifaschismus



zu tun hat. Egal ob es sich um Bücher, Filme, Namen, Treffpunkte, Organisationen, Aufkleber, Texte, Zeitschriften, Flugblätter, Photos oder sonstwas handelt. Besonders wichtig wären uns Artikel aus lokalen Zeitung, da wir die Berliner Zeitungen umfassend auswerten.

Im Prinzip können wir alles gebrauchen, weil auch Kleinigkeiten Mosaiksteine im Gesamtbild sein können und dazu beitragen, der Realität ein Stück näher zu kommen. Euch mag ein Detail unwichtig vorkommen, für uns ergibt sich aber vielleich daraus ein neuer Aspekt oder eine neue Verbindung. Wichtig ist vor allem,. daß Ihr uns die Quelle Eurer Zusendung nennt (soweit Euch das möglich ist), damit wir damit auch wirklich arbeiten können.

- Geldspenden können wir jederzeit brauchen. Wenn Ihr auf das unten angegebene Konto Geld einzahlt, könnt Ihr eine Spendenquittung erhalten.

Spendenkonto-Nr.:
Ku-Bi e.V.
Stichwort "Archiv"
Ktonr.: 965 45-103
Postgiroamt Berlin
BLZ 100 100 10

- Sachspenden: Wenn Ihr Bücher zu den Themen habt, die Ihr nicht mehr braucht, wären wir über Euer Geschenk sehr froh. Auch Büromaterial wie Gummibärchen und Schoklade fehlt regelmäßig.

Antifaschistisches Presse Archiv
c/o Papiertiger
Cuvrystr.25
10997 Berlin

Ankündigung des Antifaschismus-Komitees

Wie gefährlich sind die Rechten?
Wie können wir dem aktuellen Rechtstrend effektiv entgegentreten?
Hintergrundinformation und Diskussion zum Wahljahr 1994.

Wahlerfolge von rechtsextremen Wahlparteien haben, auch wenn Republikaner, Deutsche Liga, NPD oder DVU nicht in Parlamente gewählt werden, fatale Folgen. Im (angeblichen?) Bestreben, die rechtslastigen "Proteststimmen" zurückzuholen, profilieren sich andere Parteien ebenfalls stärker rechts. Längst überwunden geglaubte nationalistische, rassistische und staatsautoritäre Konzepte werden so breit reaktiviert und salonfähig gemacht. Dieses Jahr nun besteht die realistische Gefahr, daß rechtsextreme Parteien flächendekkend in Gemeinde-, Landes- und Bundesparlamente einziehen könnten. Wir wollen uns mit den lokal und überregional zu den Wahlen angetretenen rechtslastigen Parteien beschäftigen und Möglichkeiten zur wirksamen Gegenwehr besprechen.

Beiträge: Antifaschismus-Komitee, eventuell auch Referent von außerhalb.

Veranstaltungstermin und Ort noch offen, bitte auf Ankündigung im Schwäbischen Tagblatt achten! (voraussichtlich im März oder April 1994)

Tanz dich frei!
Solifete für die TANZ
Do 17.2., 20 Uhr, Zelle

Film "Das schreckliche Mädchen",
So, 20.2., 20.30 Uhr, Zelle

profan-Fete
Sa, 19.2., 20 Uhr, Zelle

Da müßt ihr die **TANZ** kaufen:

- Die Gruppe, TÜ
- Epple-Haus, TÜ
- Haus- und Infocafé, Schellingstr. 6, TÜ
- Zelle, RT
- Café Nepomuk, RT

Die nächste Ausgabe erscheint Anfang April.